

Als problematisch in den bilateralen Beziehungen werden von der chinesischen Seite die Antidumping-Verfahren gegen China, die diskriminierende Behandlung bestimmter chinesischer Agrarprodukte und die Beibehaltung von Mengenbeschränkungen bei drei Kategorien nichttextiler Industrieprodukte durch die EU angesehen. (SWB FE/W0630/CNS, 8.3.00) -schü-

29 Weitere Öffnung für Auslandsbanken?

Zum 1. März erhalten erneut fünf Auslandsbanken die Lizenz, Kredite in Landeswährung auszugeben. (HB, 3./4.3.00) Die Xinhua-Nachrichtagentur meldet sogar eine Zahl von sieben weiteren Auslandsbanken. Insgesamt habe sich damit die Gesamtzahl der ausländischen Banken, die Kredite in Landeswährung abwickeln können, auf 33 erhöht. (NZZ, 6.3.00)

Zu den neu zum Kreditgeschäft in Inlandswährung zugelassenen Auslandsbanken zählt auch die Commerzbank; die Dresdner Bank hatte bereits im April 1999 die Lizenz dazu bekommen. Neben Shanghai und Shenzhen sollen zukünftig auch andere Städte in China Auslandsbanken im Renminbi-Geschäft zulassen dürfen. Als dritter Standort ist die Provinzhauptstadt Guangzhou vorgesehen; andere Städte wie Dalian, Tianjin, Xiamen und Chongqing versuchen ebenfalls, diese Bevorzugung für Auslandsbanken zu erreichen.

Obwohl die Ausweitung der Kreditgeschäfte in Landeswährung auf eine größere Anzahl von Auslandsbanken als weiterer Schritt bei der Öffnung des Bankenmarktes vom Ausland begrüßt wurde, erscheint er doch noch sehr zögerlich. Insgesamt nämlich beläuft sich bisher der Umfang der Operationen in Landeswährung Schätzungen zufolge auf rd. 500 Mio. US\$ bzw. auf einen Marktanteil von 0,1%. Weiterhin dürfen die Auslandsbanken keine chinesischen Kunden betreuen, sondern nur die Einlagen ihrer ausländischen Kunden ausleihen. Auch die Voraussetzungen für die Lizenz im Renminbi-Geschäft sind sehr hoch. So müssen die Auslandsbanken derzeit drei Jahre in China tätig gewesen sein und Überschüsse erzielt haben sowie Aktiva in Höhe von mindes-

tens 150 Mio. US\$ nachweisen. (HB, 3./4.3.00)

Durch den erwarteten WTO-Beitritt wird der Bankensektor jedoch zukünftig ebenfalls einem starken Anpassungsdruck unterliegen. Im bilateralen Abkommen zwischen den USA und China wurden folgende Öffnungsschritte festgelegt:

- US-Banken wird der volle Marktzugang innerhalb von fünf Jahren zugesagt.
- Ausländische Banken dürfen Geschäfte in Lokalswährung mit chinesischen Unternehmen zwei Jahre nach dem WTO-Beitritt durchführen.
- Fünf Jahre nach dem Beitritt sollen Auslandsbanken Geschäfte in Landeswährung auch mit chinesischen Privatpersonen abwickeln dürfen.
- Auslandsbanken sollen mit Inlandsbanken gleichgestellt werden (national treatment), und zwar innerhalb von bestimmten Regionen.
- Sowohl geographische als auch Beschränkungen auf Kundengruppen sollen innerhalb von fünf Jahren abgeschafft werden.
- Intermediäre Finanzgesellschaften dürfen nach dem Beitritt Kfz-Finanzierungen durchführen. (Schüller, Margot (1999), „Am Ende eines langen Weges: Chinas Beitritt zur WTO“, in: C.a., 1999/11)

Die anstehende Deregulierung und Liberalisierung des Bankensektors passt jedoch nicht zusammen mit Überlegungen der chinesischen Regierung, die Kreditvergabe der Auslandsbanken zu beschränken. So werden derzeit Bestimmungen diskutiert, die die Fähigkeiten von Auslandsbanken beschneiden, über Inlandswährung zu verfügen. Dies soll über die Festlegung einer Relation zwischen Umlaufkapital und Kreditvolumen geschehen; diese Relation könnte das 4- bis 6-fache betragen. (AWSJ, 2.3.00) -schü-

Binnenwirtschaft

30 Bericht zur Wirtschafts- und Sozialentwicklung 1999 auf dem NVK

Der Minister der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission Zeng Peiyan stellte Anfang März während der dritten Tagung des 9. NVK den Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Jahres 1999 vor. Im Folgenden werden zentrale Aussagen in diesem Bericht zusammengefasst.

- Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg um 7,1%. Der Tertiärsektor wies ein Wachstum von 7,5% auf; vor allem die Bereiche Tourismus, Informations- und Beratungsdienstleistungen nahmen schnell zu. Der Industriesektor verzeichnete eine Zuwachsrate der industriellen Wertschöpfung in Höhe von 8,5%. Die Informationstechnologie-Industrie sowie die High Tech-Industrie entwickelten sich besonders dynamisch; die Produktion von Mobil-Kommunikationsausrüstungen stieg um 43,5%, von Computern um 196,4% und von integrierten Schaltkreisen um 149%.
- Die industrielle Performance der Industrie soll sich verbessert haben: Die Verkaufsrate der verarbeiteten Produkte lag bei 97,6% (+0,56%). Der zusammengesetzte Index für die Unternehmensperformance erreichte ein Niveau von 99,3% (+8,4%). Die Gesamtgewinne der staatseigenen Unternehmen und der Unternehmen mit einer Mehrheitsbeteiligung des Staates beliefen sich auf 96,7 Mrd. Yuan (+77,7%).
- Das Wirtschaftswachstum wurde getragen durch die Investitionen. Das Gesamtvolumen der Anlageinvestitionen stieg im

letzten Jahr um 5,2%. Zur Unterstützung der aktiven Fiskalpolitik wurden im letzten Jahr insgesamt Staatsanleihen im Werte von 101 Mrd. Yuan begeben. Diese Mittel sowie die zusätzlichen Investitionen erlaubten es, eine Reihe von großen Infrastrukturprojekten fertigzustellen.

- Auch die Geldpolitik wurde aktiv für die Unterstützung des Wirtschaftswachstums eingesetzt. So wurden die Einlagen- und Kreditzinsen sowie die Anforderungen an das Verhältnis von Einlagen zu Bankreserven gesenkt. Weiterhin wurde der Zugang zu Konsumgüterkrediten erleichtert. Zur Stimulierung der Inlandsnachfrage wurde das Geldangebot ausgeweitet, und zwar M 2 um 14,7%, M 1 um 17,7% und M 0 um 20,1%.
- Zur Sanierung des Bankensystems setzte die Zentralbank die Refinanzierung von kleinen und mittelgroßen Finanzinstitutionen fort.
- Die Maßnahmen zur Reform der Staatsunternehmen wurden fortgesetzt und damit die Performance der Unternehmen zum Besseren gewendet. So gingen die Verluste der staatseigenen Unternehmen und der Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Staates um 15,9% zurück. Der Textil-, Baustoff-, NE-Metall- und Eisenbahnindustrie gelang es, wieder schwarze Zahlen zu schreiben.
- Mehr als 4,9 Mio. freigesetzte Arbeitskräfte konnten 1999 eine neue Beschäftigung finden. Zeng Peiyan wies in dem Bericht darauf hin, dass die Regierung dafür gesorgt habe, dass nahezu alle Rentner ihre Rentenzahlungen erhalten haben.
- Die Regierung passte die Preise für verschiedene Dienstleistungen an, z.B. für Eisenbahnfracht, medizinische Versorgung, Post- und Telekommunikationsleistungen, die Miete der im öffentlichen Eigentum befindlichen Wohnungen, Gebühren für die Hochschulausbildung, für

Wasser und für den Umweltschutz.

- Das Volumen des Konsumgüterumsatzes stieg gegenüber dem Vorjahr um nominal 6,8% und real um 10,1%.

Im Juli 1999 wurden die Einkommen der städtischen Bevölkerungsgruppen, die nur Niedrigsteinkommen aufweisen, erhöht. Das Pro-Kopf-Einkommen der städtischen Bevölkerung lag durchschnittlich bei 5.854 Yuan und stieg um real 9,3%. Das Pro-Kopf-Nettoeinkommen der Bauern lag bei 2.210 und stieg real um 3,8%.

Im Arbeitsbericht der Regierung, den Ministerpräsident Zhu Rongji ebenfalls auf dem NVK vorstellte, wies er auf die besonderen Anstrengungen der Regierung bei der materiellen Absicherung der freigesetzten Arbeitskräfte, der ärmsten städtischen Bevölkerungsgruppen sowie der Rentner hin. Aus dem Staatshaushalt seien hierfür 54 Mrd. Yuan bereitgestellt worden, die insgesamt einer Zahl von 84 Mio. Menschen zugute gekommen wären. (XNA, 17.3.00)

Neben den Erfolgen in der wirtschaftlichen Entwicklung nennt Zeng Peiyan im Bericht auch eine Reihe von Problemfeldern, die 1999 aufgetreten sind.

1. Die schwache Inlandsnachfrage bremste das Wirtschaftswachstum. Die Investitionen staatseigener Einheiten und Unternehmen gingen zurück, und zwar von 22,7% im 1. Quartal 1999 auf 3,8% im 4. Quartal 1999. Die inflationäre Preisentwicklung hielt auch 1999 an. Die Konsumgüter- und die Verbraucherpreise gingen um 1,4% bzw. 3% zurück.
2. Die Arbeitslosigkeit verstärkte sich. Bis Ende 1999 wurden 6,5 Mio. Arbeitskräfte entlassen. Die Industriebetriebe auf dem Land beschäftigten inzwischen weniger Arbeitskräfte als bisher, während es viele überschüssige ländliche Arbeitskräfte gibt, die absorbiert werden müssen.
3. Weiterhin lag die Einkommenssteigerung für die ländliche Bevölkerung im letzten Jahr lediglich bei durchschnittlich 48 Yuan

und fiel damit deutlich zu niedrig aus. Auf Grund von Angebots- und Nachfrageveränderungen gingen die Preise für Agrarprodukte zurück; auch die Performance der Betriebe auf dem Land verschlechterte sich.

4. Einige ungewöhnliche Phänomene in der Wirtschaft blieben bestehen. Dazu zählten beispielsweise die Überschusskapazität in der Produktion von normalen Produkten und die Unfähigkeit einiger Unternehmen, sich an die Veränderungen des Marktes anzupassen. Diese Unternehmen hätten nur eine schwache Entwicklungs- und Innovationsfähigkeit, sie seien nicht in der Lage, alte durch neue Produkte zu ersetzen und seien kaum wettbewerbsfähig.
5. In einigen Regionen verschlechterte sich die Umwelt kontinuierlich, und die Umweltverschmutzung ist zu einem schwerwiegenden Problem in manchen Städten geworden. (XNA, 18.3.00) -schü-

31 Indikativplanung für die Wirtschafts- und Sozialentwicklung im Jahr 2000

Auf dem NVK stellte Zeng Peiyan ebenfalls die wichtigsten Ziele und Aufgaben im Rahmen der Wirtschafts- und Sozialentwicklung für das Jahr 2000 vor.

In den politischen Leitlinien für das Jahr 2000 findet sich keine neue Zielsetzung, sondern die bereits in den letzten Jahren verfolgten Vorstellungen zur Wirtschaftsreform und zur aktiven Förderung des Wirtschaftswachstums wurden in der Rahmenplanung für dieses Jahr erneut aufgenommen.

Als wichtigste makroökonomische Vorgaben gelten folgende Ziele:

- Erhöhung des BIP-Wirtschaftswachstums um rd. 7%,
- Steigerung der Investitionen um rd. 10%,
- Konsumgüter- und Einzelhandelspreisniveau sollen dasselbe bzw. ein leicht höheres Niveau als 1999 erreichen,

- Anstieg der Im- und Exporte um 3%; eine im Wesentlichen ausgeglichene Handelsbilanz,
- Beschränkung des Haushaltsdefizits auf 229,9 Mrd. Yuan,
- Beschränkung der städtischen Arbeitslosenquote auf 3,5%,
- Beschränkung der natürlichen Wachstumsrate der Bevölkerung auf 0,92%.

Für das laufende Jahr sieht die Regierung folgende Herausforderungen und Aufgaben:

- Ausweitung der Investitionen und Verbesserung der Investitionsstruktur. Dazu zählt auch, dass mehr ausländische Direktinvestitionen absorbiert werden sollen. Weiterhin soll ein größerer Anteil der Mittel zur Entwicklung der Region Westchina bereitgestellt werden.
- Förderung der Umstrukturierung der Landwirtschaft und der ländlichen Wirtschaft. Hierzu wird die Verbesserung der Infrastruktur in der Landwirtschaft, insbesondere im Bereich Wasserwirtschaft gezählt. Die Bauern sollen weiterhin dazu ermutigt werden, sich stärker beim Anbau landwirtschaftlicher Produkte an der Marktnachfrage zu orientieren.
- Verstärkung der industriellen Umstrukturierung, um die Qualität und das industrielle Wachstum zu erhöhen. Der Bericht von Zeng Peiyan geht auf einzelne Industriebranchen und ihre Entwicklungsschwerpunkte ein.
- Schaffung einer geeigneten externen Umgebung für die Entwicklung der Staatsunternehmen. Hierfür sollen insbesondere mehr Mittel für die Umstrukturierung fauler Kredite der Unternehmen bereitgestellt werden.
- Förderung der Wirtschaftsentwicklung der Region Westchina, vor allem durch den Ausbau der dortigen Infrastruktur.
- Weitere außenwirtschaftliche Öffnung und bessere Nutzung

der inländischen und internationalen Märkte und Ressourcen. Der Bericht geht bei diesem Punkt u.a. explizit auf den Beitritt Chinas zur WTO ein und die dafür notwendige Anpassung der entsprechenden Gesetze und Bestimmungen nach internationalen Standards.

- Verfolgung einer nachhaltigen Entwicklung und eines wirkungsvollen Umweltschutzes. Die Anstrengungen im Umweltschutz sollen mit der industriellen Umstrukturierung koordiniert werden.

Verstärkte Anstrengungen zur Nutzung von Wissenschaft, Technologie und Bildung für die soziale Entwicklung. (XNA, 18.3.00)

Ausländische Analysten betrachten die Wachstumschancen der chinesischen Wirtschaft als durchaus positiv. So wies Dwight Perkins (Harvard Universität) auf einer Konferenz Ende März in China (China Development Forum) darauf hin, dass eine Wachstumsrate von 7% durchaus realistisch sei, trotz Problemen wie dem Angebotsüberhang bei Produkten oder der wachsenden Arbeitslosigkeit. Voraussetzung für ein hohes Wachstum sei jedoch die Fortsetzung der Wirtschaftsreformen. Perkins unterstrich die Bedeutung des WTO-Beitritts, da hierdurch der Reformdruck weiter zunehmen werde.

Weniger optimistisch hinsichtlich des Wachstumstempos zeigte sich Lawrence Lau (Stanford University). Er hob jedoch die neue Politik der Entwicklung der Region Westchina sowie die Politik der verstärkten Urbanisierung als richtige Instrumente hervor, um die finanziellen Mittel sinnvoll zu kanalisieren. (XNA, 29.3.00) -schü-

32 Anstieg der Arbeitslosigkeit erwartet

Arbeitsminister Zhang Zuojie geht davon aus, dass in diesem Jahr rd. 5 Mio. Arbeitskräfte freigesetzt werden müssen. Die Bereitstellung neuer Arbeitsplätze stellte sich im letzten Jahr als relativ schwierig dar. So konnten die Wiederbeschäftigungszentren, die 1998 noch 51% der freigesetzten

Arbeitskräfte vermitteln konnten, im letzten Jahr nur noch 43% eine neue Beschäftigung anbieten. Vor allem für Arbeitskräfte mit einer geringen Qualifikation waren die Vermittlungsmöglichkeiten sehr begrenzt. Auch wenn nicht alle Arbeitskräfte in die offene Arbeitslosigkeit entlassen werden, so müssen sie doch materiell abgesichert werden. Es wird damit gerechnet, dass dementsprechend die Wohlfahrtsausgaben des Staates weiter deutlich ansteigen werden.

Auch in den kommenden drei Jahren muss mit weiteren Entlassungen vor allem durch staatseigene Unternehmen gerechnet werden. Nach Schätzungen der Weltbank sind von den rd. 140 Mio. Arbeitskräften, die von den staats- und kollektiveigenen Unternehmen beschäftigt werden, rd. 35% überschüssig. (FT, 8.3.00)

In seinem Bericht zur Regierungsarbeit auf dem NVK wies Zhu Rongji nochmals auf die Notwendigkeit hin, ein soziales Sicherungssystem aufzubauen, um die soziale Stabilität aufrechtzuerhalten. Ein soziales Sicherungssystem habe einen wichtigen Einfluss auf Reform, Entwicklung und Stabilität. Zunächst müsse das jetzige System der „drei Garantien“ fortgesetzt und verbessert werden. Dieses bestehe aus der Garantie der grundlegenden Lebenshaltungskosten für freigesetzte Arbeitskräfte staats-eigener Unternehmen, der Garantie für die Zahlung von Arbeitslosenunterstützung und der Garantie für ein Existenzminimum für die städtische Bevölkerung. Auf dieser Basis könnten die notwendigen Bedingungen für den Übergang zu einem gesunden sozialen Sicherungssystem geschaffen werden.

Zhu Rongji forderte in seinem Bericht ebenfalls, die Arbeit der Wiederbeschäftigungszentren (oftmals in den staatseigenen Unternehmen) zu verbessern. Diese Zentren sollen die grundlegenden Lebenshaltungskosten für die freigesetzten Arbeitskräfte sowohl rechtzeitig als auch in vollem Umfang zahlen. Weiterhin sollen sie für die soziale Sicherung zuständig sein, und zwar sowohl für die Renten als auch für die Arbeitslosenunterstützung und die medizinische Versorgung. Die Sozialversicherungsfonds sollten entsprechend dem

„Drei-Drittel-Prinzip“ gesichert werden. Für fehlende Mittel im Sozialversicherungsfonds, nachdem die Unternehmen und die Beschäftigten ihren Beitrag geleistet haben, sei die Regierung zuständig. Die Zentralregierung werde die Regionen Zentral- und Westchina sowie die alten Industriestandorte dabei unterstützen, da deren finanziellen Probleme sehr groß seien.

Auch die Wiederbeschäftigung freigesetzter Arbeitskräfte sprach Zhu Rongji in seinem Bericht an. Die Lokalregierungen müssten die freigesetzten Arbeitskräfte aktiv bei der Suche neuer Beschäftigungsmöglichkeiten unterstützen und Berufsausbildungs- und Weiterbildungsprogramme entwickeln. So weit es den Unternehmen möglich ist, sollten diese Arbeitskräfte intern weiterbeschäftigt werden, indem sie ihre Unternehmensaktivitäten in Kern- und Randbereiche aufteilen. Freigesetzte Arbeitskräfte könnten dann in neu geschaffenen wirtschaftlich unabhängigen Einheiten weiterbeschäftigt werden. (XNA, 17.3.00) Diese Vorstellung ist allerdings nicht neu, da bereits viele Unternehmen bestimmte Dienstleistungen vom Hauptgeschäft abkoppeln und dafür freigesetzte Arbeitskräfte einstellen.

Mittelfristig soll die soziale Sicherung der Arbeitskräfte nicht mehr auf betrieblicher Basis erfolgen, sondern überbetrieblich. Zukünftig sollen nicht mehr die Wiederbeschäftigungszentren in den Unternehmen die Garantie für die Lebenshaltungskosten für freigesetzte Arbeitskräfte übernehmen, sondern die freigesetzten Arbeitskräfte sollen eine Arbeitslosenunterstützung erhalten und sich selbst am Arbeitsmarkt um eine neue Beschäftigung bemühen. (XNA, 17.3.00) -schü-

33 Privatsektor fordert mehr Rechte

Während der Sitzungen des NVK war nach einem Bericht der *South China Morning Post* vom 5.3.2000 die Frage der weiteren Entwicklung des Privatsektors von besonderer Bedeutung.

Die Privatunternehmen drängen auf eine Veränderung der Gesetze und Bestimmungen, damit ihre Rolle in

der Wirtschaft besser deutlich wird. Für die Privatunternehmen ist die Gleichstellung mit den staatseigenen Unternehmen und den Unternehmen mit Auslandskapital besonders wichtig. Sie wollen gleichbehandelt und zu allen Branchen zugelassen werden. Aus der Sicht der Privatunternehmen ist die derzeitige Regelung im Wirtschaftsleben nicht mehr haltbar, die nach Unternehmen verschiedener Eigentumsformen unterscheidet. Gesetze und Bestimmungen sollten dagegen nur auf Branchen abgestimmt werden. Statt illegale Gebühren und Steuern zu erheben, sollten die Lokalregierungen den Privatsektor mit Informations-, Finanz-, technischen sowie Ausbildungsdienstleistungen unterstützen.

Inzwischen zählen auch z.B. Stahlwerke, Bauunternehmen, Textilfabriken oder Kaufhäuser zu privaten Unternehmen. Die Gesamtzahl der Beschäftigten im Privatsektor wird mit rd. 102 Mio. Personen angegeben. Nach wie vor jedoch gibt es Privatunternehmer, die aus Furcht vor einem Wandel der Politik ihr Unternehmen als „kollektiv“ registriert haben.

Nach Angaben von Jing Shuping, Vorsitzender der All-China Federation of Industry and Commerce, die den Privatsektor vertritt, trägt der Privatsektor mit 20% zum landesweiten Industrieoutput und mit 37,1% zum Einzelhandelsumsatz bei. Jing teilt die Wirtschaft in drei gleiche Teile auf: den Staatssektor, die nicht landwirtschaftlichen Unternehmen auf dem Lande und den Privatsektor, zu dem Jing auch die Unternehmen mit Auslandskapital zählt.

Die Bedeutung der Privatwirtschaft ist regional sehr unterschiedlich. In manchen süd- und östlichen Regionen Chinas dominieren jedoch schon private Unternehmen. Ein Beispiel hierfür ist Wenzhou in der Provinz Zhejiang. In dieser Stadt beläuft sich der Anteil des Privatsektors auf rd. 80%; nur das Elektrizitätswerk, das Postamt und die Telekommunikation sind in staatlicher Hand.

Eine liberale Politik gegenüber dem Privatsektor verfolgt auch die Provinz Guangdong. Mitte Februar wurde dort von der Regierung beschlossen, neue Wirtschaftsbereiche für Privatunternehmen zu öffnen und damit den

privaten Unternehmen denselben Zugang wie den Unternehmen mit Auslandskapital zu bieten. Hierzu zählen beispielsweise Infrastrukturprojekte, die Informationsindustrie, städtische Dienstleistungen (z.B. Abwasserbehandlung).

Auch im konservativen Beijing hat der Privatsektor inzwischen durchaus eine wichtige Rolle. Er trägt mit 20% zum Einzelhandelsumsatz bei und beschäftigt rd. 1 Mio. Arbeitskräfte bzw. 22% aller Beschäftigten. (SCMP, 6.3.00)

Dass China auch nach rd. 20 Jahren seit Beginn der Wirtschaftsreform noch keinen Privatsektor hat, der gegenüber ausländischen Unternehmen wettbewerbsfähig ist, macht der chinesischen Regierung nach Einschätzung ausländischer Analysten derzeit besondere Sorgen. So wird mit dem Beitritt zur WTO die Gefahr gesehen, dass ausländische Unternehmen in wenigen Jahren eine dominante Rolle in der chinesischen Wirtschaft spielen könnten. Da der Staatssektor nur teilweise konkurrenzfähig werden kann, muss die Regierung demnach dem Privatsektor mehr Rechte zustehen. (AWSJ, 14.3.00)

Im Gegensatz zu seiner wachsenden Rolle ist der Privatsektor jedoch kaum in der Politik repräsentiert. In Beijing z.B. stammen lediglich 12 der insgesamt 774 Delegierten des Stadtparlaments aus dem Privatsektor. (SCMP, 6.3.00) -schü-

SVR Hongkong

34 Verbindungsbüro für in China festgehaltene Hongkonger Bürger

Nach Hongkonger Meldungen wird bei der Obersten Volksstaatsanwaltschaft in Beijing ein Verbindungsbüro eingerichtet, das Hongkonger Bürgern erlauben soll, Nachforschungen über Angehörige anzustellen, die von chinesischen Sicherheitskräften festgehalten werden. Hongkonger Delegierte des Nationalen Volkskongresses sollen jeweils den Kontakt herstellen und die Nachforschungen betreuen.